

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 72. Ratssitzung vom 29. Juni 2011**

### **1482. 2011/122**

#### **Dringliches Postulat der Fraktionen SP, Grüne, AL und GLP vom 13.04.2011: Einhaltung der Bestimmungen des Landesmantelvertrags im Bauhauptgewerbe auf städtischen Baustellen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

**Rebekka Wyler (SP)** begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1249/2011): Den Auslöser für die beiden nachfolgenden Vorstösse lieferte die Gewerkschaft UNIA. Diese stellte letzten Sommer fest, dass im Zuge der Hardbrückensanierung BauarbeiterInnen grösster Hitze ausgesetzt waren. Wir wünschen uns, dass die Stadt die Vorgaben und Empfehlungen des Bundes und der SUVA zum Schutz von BauarbeiterInnen ernst nimmt. Im zweiten Postulat geht es um die Einhaltung der Arbeitszeiten, so wie sie im Landesmantelvertrag des Bauhauptgewerbes bestimmt wurden. Auch in diesem Punkt kam es zu Verstössen. Aufträge der Stadt implizieren anständige Arbeitsbedingungen. Sicherheit sowie Gesundheitsschutz sind zentral. Wir bitten deshalb um die Überweisung beider Vorstösse.

**Thomas Schwendener (SVP)** begründet den von Mauro Tuena (SVP) namens der SVP-Fraktion am 18. Mai 2011 gestellten Ablehnungsantrag: Arbeitsbedingungen sowie Arbeitszeiten sind vertraglich vereinbart und nicht Sache der Stadt. Gäbe es eine konkrete Klage wegen unzulänglicher Arbeitsbedingungen, wäre dies zwischen Firma und ArbeitnehmerIn zu regeln. Die Gewerkschaft könnte gestützt auf diesen Fall Kontrollen durchführen. Diese müsste man dann aber nicht nur auf städtischen Baustellen, sondern überall realisieren. Eine solche Klage liegt aber nicht vor. Gerade auf der Hardbrücke waren keine Kleinunternehmen beteiligt, sondern ISO-zertifizierte Firmen die die arbeitsrechtlichen Bestimmungen sehr wohl kennen und wenn nötig intervenieren. Die Spielregeln im Baugewerbe sind bekannt, ebenso der Termindruck. BauarbeiterInnen wählen ihren Job im Wissen, dass sie der Witterung ausgesetzt sind. Es liegt also in der Eigenverantwortung der ArbeitnehmerInnen, dass sie mit ihren ArbeitgeberInnen über ihre Bedürfnisse reden. Das vorliegende Postulat ist deshalb überflüssig und abzulehnen.

Weitere Wortmeldungen:

**Christoph Spiess (SD):** Die geforderten Massnahmen sind eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Einem Bauherren darf es nicht egal sein, ob auf seiner Baustelle arbeits-

*rechtliche Vorschriften und Gesamtarbeitsverträge auf Kosten von klingender Kasse und Einhaltung der Bauabgabe missachtet werden. Der Staat sollte als Bauherr eine Vorbildfunktion haben und Missbräuchen Vorschub leisten. Deshalb ist ein Ablehnungsantrag dieses Postulats für uns unverständlich. Soll gutgeheissen werden, dass auf städtischen Baustellen Vereinbarungen zwischen den SozialpartnerInnen nicht eingehalten werden? Mit einem: BauarbeiterInnen sind selber schuld, dass sie BauarbeiterInnen sind, ist es da nicht getan. Beide Postulate sind unterstützungswürdig.*

**Roger Tognella (FDP):** Gerade weil die Landesmantelverträge verbindlich sind, achten die UnternehmerInnen auf einen sinnvollen Umgang mit ihren MitarbeiterInnenressourcen. Fehler passieren meist auf Grund von Termindruck. Dieser entsteht unnötigerweise durch eine schlechte Planung oder Koordination. Es ist jedoch Aufgabe der Gewerkschaften darauf zu achten, dass dieser Termindruck nicht zu überbordenden Mehrleistungen und Wochenendarbeiten führt. Die Stadt Zürich kann nicht partikulär im Bereich ihrer eigenen Werkverträge auf die Einhaltung aller Werkvertragsbestimmungen pochen. Dies würde bedeuten, auf jeder Baustelle InspektorInnen einzusetzen. MitarbeiterInnen müssen selber aktiv werden und können in jedem gut geführten Unternehmen ihre persönlichen Grenzen aufzeigen, ohne sich beim Chef gleich unbeliebt zu machen. Die rechtlichen Grundlagen sind über andere Instanzen, auch auf nationaler Ebene, genügend abgedeckt. Die Vorstösse sind daher abzulehnen.

**Mario Mariani (CVP):** Die CVP-Fraktion ist ebenfalls der Meinung, dass eine Stelle wie die SUVA die Einhaltung dieser Schutzmassnahmen kontrollieren sollte. Wir stimmen den beiden Vorstössen jedoch trotzdem zu und hoffen, dass die UnternehmerInnen die Bestimmungen einhalten.

**Walter Angst (AL):** Auf den schon vorhandenen Gesetzespapieren kann man sich sicherlich ausruhen und sich sagen, dass diese ausreichend sind. Die Realität auf den Baustellen des Tiefbauamts ist aber, dass die Bestimmungen eben nicht eingehalten werden. Auf Interventionen von Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnen wird nicht reagiert. Die Stadt zahlt für die geforderten Auflagen und Submissionsbestimmungen innerhalb der Bauaufträge, die sie vergibt. Die MitarbeiterInnen von Stadträtin Ruth Genner sind jedoch die ProjektleiterInnen vor Ort, die unrealistische Zeitpläne erstellen, bei den Firmen Druck machen und somit dort die Samstagarbeit fördern weil die UnternehmerInnen den Abgabetermin unbedingt einhalten wollen. Man sollte sich also schon im Vorfeld mit den Gewerkschaften zusammensetzen und Terminpläne formulieren, die realistisch sind.

**Salvatore Di Concilio (SP):** Der Fall Hardbrücke war leider kein Einzelfall. Sehr oft werden die Landesmantelverträge und Submissionsverordnungen nicht eingehalten. Ich bin deshalb froh, dass der Stadtrat dazu bereit ist, beide Postulate entgegenzunehmen. Ich erwarte aber gleichermassen, dass daraus eine Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Bauherren und Firmen erwächst, damit dem Wildwestsystem der Baustellen ein Riegel geschoben wird.

**Roger Liebi (SVP):** Gerade die linken Zürcher Parteien wollen die Stadt schnellstmöglich umbauen, zeigen sich aber dann mit den vorhandenen Regelwerken unzufrieden. Komisch finde ich auch, dass den Gewerkschaften offenbar die Fähigkeit abgesprochen wird, verbindliche Arbeitszeiten laut Landesmantelvertrag durchzusetzen. Wozu sind sie dann gut? Die Samstagsarbeit ist gerechtfertigt, wenn es die terminliche Situation bedingt. Dies ist im Arbeitsgesetz geregelt, welches sogar die Gewerkschaften mitunterschrieben haben.

**Joachim Hagger (FDP):** Das Postulat will, dass die Stadt nun Kontroll- und Durchsetzungsorgan wird. Wieviel ist aber der Landesmantelvertrag tatsächlich wert, wenn zusätzliche Regelungen notwendig sind? Wir haben diesen Vertrag schliesslich selbst ausgehandelt und ihn mit einer paritätischen Berufskommission und einem Schiedsgericht entsprechend umgesetzt. Zeigen diese Mittel jedoch zuwenig Wirkung, müssen wir den Landesmantelvertrag überarbeiten. Ich bin einigermassen verwundert darüber, dass gerade aus der linken und gewerkschaftlichen Reihe die Effizienz dieses Abkommens plötzlich angezweifelt wird.

**Heinz F. Steger (FDP):** StrassenbauerInnen, DachdeckerInnen und SpenglerInnen wissen, dass sie im Sommer schwitzen und im Winter frieren. Verantwortungsbewusste ArbeitgeberInnen wissen, dass die MitarbeiterInnen ihr wertvollstes Gut sind und achten deshalb darauf, dass es ihnen dementsprechend gut geht. Eine optimale Bekleidung und die Einhaltung der SUVA-Vorschriften ist für einen seriösen Betrieb selbstverständlich. Was wir nicht brauchen sind zusätzliche Vorschriften. Wir haben den Landesmantelvertrag, wir haben den Gesamtarbeitsvertrag. Die Vorstösse sind überflüssig.

**Dominique Feuillet (SP):** Offenbar sind die vereinigten ArbeitgeberInnen im Gemeinderat nicht imstande, ein Postulat richtig zu lesen. Es wird darin nichts anderes verlangt, als eine bessere Zusammenarbeit zwischen den für die Bauvorhaben Verantwortlichen und den Inspektoren der SUVA. Es müssen keine Stadtkontrolleure angestellt werden. Wenn der Landesmantelarbeitsvertrag nicht eingehalten wird, muss man dies überprüfen. Auch in diesem Fall bieten die Gewerkschaften eigene Inspektionen an. In den vorhergehenden Voten wurde zwar ein Loblied auf ArbeitgeberInnen gesungen, die sich ihren ArbeitnehmerInnen gegenüber absolut grosszügig verhalten und keinerlei Probleme damit haben, falls ArbeiterInnen ihre Arbeitsbedingungen in Frage stellen. Die tägliche Erfahrung der Gewerkschaften redet jedoch eine ganz andere Sprache.

**Thomas Schwendener (SVP):** Ich möchte nochmal darauf hinweisen, dass keine direkte Klage im Raum steht und bestimmte Dinge auch unnötig aufgebauscht werden können. Wir bitten um die Auflistung konkreter Fälle. Anhand von diesen kann man über weitere Massnahmen verfügen. Im Moment achtet die Stadt Zürich genauso wie ein Arbeitsinspektorat ausreichend auf die Einhaltung der Bedingungen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Ruth Genner:** *Im letzten Jahr wurde im Stadtrat ein Verhaltenskodex beschlossen, der die Einhaltung der Gesetze und Bestimmungen auf Baustellen voraussetzt. Dieser Kodex gilt für alle VertragspartnerInnen aus der Schweiz und im Ausland, sowie für SubunternehmerInnen. Sollten UnternehmerInnen gegen diese Regeln verstossen, kann die Stadt Sanktionsmassnahmen erlassen, wie zum Beispiel die fünfjährige Sperrung im Submissionsverfahren. UnternehmerInnen haben in der Regel ein Interesse daran mit der Stadt, die grosse Aufträge vergibt, weiter zusammenzuarbeiten. UnternehmerInnen haben aber wenig Interesse daran, viele Überstunden und Wochenendarbeit zu entlönnen. Diese Mehrstunden werden also nur getätigt, falls es terminlich nicht anders geht. So wurde die Samstagarbeit auf der Hardbrücke bei der zuständigen paritätischen Berufskommission angemeldet. Nichtsdestotrotz finden wir es wichtig, dass der Landesmantelvertrag und die Gesundheitsverordnungen der SUVA eingehalten werden, weshalb wir die Postulate zur Überprüfung entgegennehmen.*

Mauro Tuena (SVP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Dem Antrag wird mit 104 gegen 10 Stimmen zugestimmt.

Abstimmung unter Namensaufruf:

<b>Abstimmungsprotokoll</b>				
<b>Platz#</b>	<b>Name</b>	<b>Vorname</b>	<b>Partei</b>	<b>Stimme</b>
003	Abele	Martin	Grüne	JA
151	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
051	Ammann	Jürg	Grüne	JA
143	Anderegg	Peter	EVP	JA
084	Angst	Walter	AL	JA
110	Anhorn	Ruth	SVP	NEIN
012	Aubert	Marianne	SP	JA
066	Badran	Jacqueline	SP	JA
060	Bär	Linda	SP	JA
137	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN
020	Barzotto	Myriam	SP	JA
168	Baumer	Michael	FDP	NEIN
113	Bergmaier	Guido	SVP	NEIN
038	Bernhard	Irene	GLP	JA
106	Blöchlinger	Patrick	SD	JA
117	Bourgeois	Marc	FDP	NEIN
017	Brander	Simone	SP	JA
171	Bürlimann	Martin	SVP	NEIN
043	Butz	Marlène	SP	--
062	Di Concilio	Salvatore	SP	JA
153	Dogwiler	Sven Oliver	SVP	NEIN

5 / 7

035	Dubno	Samuel	GLP	JA
057	Dubs	Marianne	SP	JA
166	Egger	Urs	FDP	NEIN
175	Erfigen	Monika	SVP	NEIN
140	Fehr	Urs	SVP	NEIN
063	Feuillet	Dominique	SP	JA
008	Frei	Dorothea	SP	JA
026	Garcia	Isabel	GLP	JA
124	Garzotto	Marina	SVP	NEIN
045	Glaser	Helen	SP	JA
054	Glättli	Balthasar	Grüne	JA
009	Graf	Davy	SP	JA
032	Gut	Christoph	SP	JA
119	Hagger	Joachim	FDP	NEIN
116	Hänni-Etter	Cäcilia	FDP	NEIN
176	Hauri	Theo	SVP	NEIN
049	Heinrich	Uschi	SP	JA
029	Hochreutener	Andrea	SP	JA
147	Hohl	Marc	FDP	NEIN
088	Hug	Christina	Grüne	JA
094	Hungerbühler	Markus	CVP	--
127	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN
173	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
128	Jäger	Alexander	FDP	NEIN
033	Jahreiss	Fiammetta	SP	JA
031	Jüsi	Bernhard	SP	JA
069	Kälin	Simon	Grüne	JA
007	Käppeli	Hans Jörg	SP	JA
023	Käser	Philipp	GLP	JA
016	Katumba	Andrew	SP	JA
132	Kessler	Alain	FDP	NEIN
053	Kisker	Gabriele	Grüne	JA
055	Knauss	Markus	Grüne	JA
041	Küng	Peter	SP	JA
160	Kunz	Hanspeter	EVP	JA
034	Landolt	Maleica	GLP	JA
131	Lauber	Tamara	FDP	NEIN
036	Ledergerber	Zora	GLP	JA
002	Leiser	Albert	FDP	NEIN
121	Liebi	Roger	SVP	NEIN
021	Luchsinger	Martin	GLP	JA
161	Mächler	Martin	EVP	--

6 / 7

058	Makwana-Boss	Elisabeth	SP	JA
001	Manser	Joe A.	SP	JA
156	Margrit	Haller	SVP	NEIN
101	Mariani	Mario	CVP	--
048	Marti	Min Li	SP	JA
071	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
092	Meier	Daniel	CVP	JA
138	Monn	Thomas	SVP	NEIN
022	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
073	Nagel	Ueli	Grüne	JA
011	Nüssli-Danuser	Andrea	SP	JA
042	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA
115	Pflüger	Severin	FDP	NEIN
086	Piller	Bernhard	Grüne	JA
087	Probst	Matthias	Grüne	JA
144	Rabelbauer	Claudia	EVP	JA
081	Recher	Alecs	AL	JA
097	Rechsteiner	Urs	CVP	--
112	Regli	Daniel	SVP	NEIN
013	Reimann	Beatrice	SP	JA
005	Richli	Mark	SP	JA
083	Rutherford	Catherine	AL	JA
050	Rykart	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	JA
123	Scheck	Roland	SVP	NEIN
077	Scherr	Niklaus	AL	JA
154	Schlatter	Hedy	SVP	NEIN
130	Schmid	Michael	FDP	NEIN
148	Schmid	Urs	FDP	NEIN
103	Schönbächler	Marcel	CVP	JA
141	Schwendener	Thomas	SVP	NEIN
028	Seidler	Christine	SP	JA
135	Sidler	Bruno	SVP	NEIN
120	Simon	Claudia	FDP	NEIN
105	Spiess	Christoph	SD	JA
165	Steger	Heinz F.	FDP	NEIN
070	Steiner	Kathy	Grüne	JA
019	Straub	Esther	SP	JA
027	Strub	Jean-Daniel	SP	JA
150	Tognella	Roger	FDP	NEIN
126	Tomezzoli	Ruggero	SVP	NEIN

7 / 7

059	Tozzi	Lucia	SP	JA
099	Traber	Christian	CVP	JA
025	Trevisan	Guido	GLP	JA
037	Trottmann	Maria	GLP	JA
108	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
183	Urban	Michel	SP	JA
133	Uttinger	Ursula	FDP	--
015	Utz	Florian	SP	JA
096	Virchaux	Jean-Claude	CVP	JA
052	Vocat	Fabienne Nicole	Grüne	ENTHALTEN
061	von Matt	Hans Urs	SP	JA
039	von Planta	Gian	GLP	JA
157	Weiss	Urs	SVP	NEIN
046	Wepf	Mirella	SP	JA
024	Wiesmann	Matthias	GLP	JA
170	Wohler	Bruno	SVP	NEIN
082	Wolff	Richard	AL	JA
018	Wüthrich	Katrin	SP	JA
047	Wyler	Rebekka	SP	JA
072	Wyss	Thomas	Grüne	JA

Das Dringliche Postulat wird mit 78 gegen 40 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat